

# Die Zwischenbilanz zum Gesetz über die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen ist positiv

## #diequotewirkt

Quelle: BMFSFJ

**zwd Berlin (ig). Mehr Frauen als je zuvor sind in den deutschen Aufsichtsräten vertreten. Beim 8. Forum der Vereinigung „Frauen in die Aufsichtsräte (FidAR) zog deren Präsidentin Monika Schulz-Strelow am 7. Juli dieses Jahres eine insgesamt erfolgreiche Auftaktbilanz. Auch Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig, die gemeinsam mit Bundesjustizminister Heiko Maas (beide SPD) eine Zwischenbilanz zur Wirksamkeit der Gesetzgebung gezogen hatte, zeigte sich hocherfreut: „Die Weichenstellung war richtig.“**

Die Ministerin und ihr Kabinettskollege brachten ihre Bilanz auf die Formel einer selbst erfüllenden Prophezeiung: „Die Quote wirkt“. Nach Schwesigs Worten ist es ein „toller Erfolg“, dass seit 1. Januar 2016 bereits 50 Unternehmen weibliche Aufsichtsräte gewählt bzw. bestellt haben und dadurch in deren 50 Aufsichtsräten der Frauenanteil um 7,3 Prozent auf knapp 30 Prozent (29,26 %) gestiegen sei. Das entspricht der Gesetzesregelung, wonach für aktuell 151 börsennotierte und voll mitbestimmte Unternehmen bei der Vergabe von neu zu besetzenden Aufsichtsratsposten seit Jahresbeginn eine feste Geschlechterquote von 30 Prozent gilt. Jene Unternehmen, fügte die Frauenministerin hinzu, die die feste Quote für die Aufsichtsräte erfüllen müssten, gäben sich im Übrigen auch ambitionierte Zielgrößen für die übrigen TOP-Managementebenen. Das wirke in die Unternehmen insgesamt hinein.

### Minister Maas:

### „Das Ende der patriarchalischen Systeme ist eingeläutet“

Bundesjustizminister Heiko Maas stellte mit Genugtuung fest, dass die Stimmen, es gäbe nicht genug qualifizierte Frauen, verstummt seien: „Die Zeit der Ausreden ist vorbei. Das Ende der patriarchalischen Systeme ist eingeläutet.“ Für den Minister hat der notwendige Kulturwandel in den Unternehmen begonnen. Maas zeigte sich überzeugt, dass sich seine Prognose bewahrheiten werde: „Am Ende wird kein einziger Sitz in Aufsichtsräten frei bleiben.“ Maas spielte damit auf die Re-

gelung des „freien Stuhls“ an, die greifen würde, wenn es Unternehmen nicht gelänge, die Mindestquote an Aufsichtsratsitzen an Frauen zu vergeben.

### Deutschland liegt unter dem europäischen Durchschnitt

Dass „die Quote wirkt“ entspricht auch den Feststellungen der Vereinigung FidAR. Deren „Women-on-Board-Index“ ermittelte für die 160 DAX-Unternehmen einen Frauenanteil in den Aufsichtsräten in Höhe von 25,5, in den DAX-30-Unternehmen von 30,6 Prozent (Stand 15.06.2016). Aus internationaler Sicht, sagte FidAR-Präsidentin Schulz-Strelow, sei dieser Anstieg dringend geboten, denn Deutschland liege nach einer Studie des europäischen Netzwerks „European Women on Boards“ (EWoB) hinter seinen europäischen Nachbarn zurück, die teilweise schon vor Jahren gesetzliche Quoten eingeführt haben. Während der Frauenanteil in den Boards der Unternehmen des STOXX Europe bei 25 Prozent liege, betrage er in Deutschland 22,6 Prozent und liege damit unter dem europäischen Durchschnitt. Als Board wird dabei von FidAR ein System verstanden, in dem in der Regel sowohl Geschäftsleitungs- (Vorstand) als auch Kontrollfunktionen (Aufsichtsrat) vereint sind. Unter Berücksichtigung dieser Definition liegt nach EWoB-Berechnungen Schweden vorn, gefolgt von Norwegen, Belgien, Finnland und Frankreich – jeweils mit einem Frauenanteil von mehr als 30 Prozent der Board-Mitglieder. Damit könnten mehr Frauen Einfluss auf strategische Entscheidungen der führenden

europäischen Unternehmen nehmen.

### FidAR: Unternehmen müssen noch mehr tun

Die FidAR-Präsidentin zeigte sich nach der Halbjahresbilanz optimistisch, dass die Mindestquote bei den Unternehmen, die gesetzlich verpflichtet wurden, schnell erreicht werde. DAX-Konzerne wie Fresenius und RWE seien mit gutem Beispiel vorangegangen. Nun gelte es aber, die Unternehmen nicht aus dem Blick zu lassen, die dieser gesetzlichen Regelung nicht unterlägen. Während in den DAX-Unternehmen in den Vorständen erstmals über 10 Prozent Frauen vertreten seien, zeige sich bei den anderen Unternehmen noch wenig Bewegung. Die 160 DAX-Unternehmen können bislang einen Frauenanteil von lediglich 6,5 Prozent in den Vorständen vorweisen.

### Immer mehr Frauen an der Führungsspitze europäischer Unternehmen

Bei dem 8. FidAR-Forum konnte Schulz-Strelow auch herausstellen, dass die Bemühungen der EWoB, den Frauenanteil in den Boards der europäischen Unternehmen zu erhöhen, Früchte tragen. So habe sich deren Anteil von 13,9 Prozent



FidAR-Präsidentin Monika Schulz-Strelow: „Mehr Frauen können Einfluss auf strategische Unternehmensentscheidungen nehmen.“



im Jahre 2011 innerhalb von fünf Jahren auf 25 Prozent (aktueller Stand Mai 2016) erhöht. Die entsprechende Studie auf europäischer Ebene bezieht sich allerdings nicht auf alle 28, sondern auf 17 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Marie Ange Andrieux, stellvertretende Vorsitzende der

EWoB, resümiert in einer von ihrer Organisation herausgegebenen Studie, es lägen „umfassende Nachweise dafür vor, dass ausgeglichen mit Frauen und Männern besetzte Boards zu mehr Innovationskraft, höherer Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltigem Wachstum und mehr Wohlstand führen“. ■

**#diequotewirkt**

### **Situation in Bergisch Gladbach (Stand 31.10.2016):**

In sechs Aufsichtsräten, in denen die Stadt Bergisch Gladbach vertreten ist, sind Frauen mit einem Anteil von 14,7 % vertreten.

In der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach waren von insgesamt 114 Führungsstellen 29 % mit Frauen besetzt.

**13.09.2016 | Gesundheit: Kabinett verabschiedet Landesaktionsplan „NRW schützt Frauen und Mädchen vor Gewalt“ – Ministerin Steffens: Wir können Gewalt nicht abschaffen, aber den Schutz davor weiter erhöhen**

Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen teilt mit:

Die Landesregierung verstärkt ihre Aktivitäten zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt. Mit einem entsprechenden Landesaktionsplan „NRW schützt Frauen und Mädchen vor Gewalt“, der heute auf Vorschlag von Emanzipationsministerin Barbara Steffens vom Kabinett verabschiedet wurde, bündelt das Land erstmals alle Maßnahmen, die das Ziel haben, präventiv die Entstehung von Gewalt zu verhindern, betroffenen Frauen und Mädchen frühzeitig zu helfen und Umfeld und Hilfesysteme zu sensibilisieren, die Folgen von Gewalt besser zu erkennen.

„Gewalt gegen Frauen und Mädchen hat viele Gesichter und meist lebenslange Folgen. Wir können Gewalt nicht abschaffen, aber den Schutz davor weiter erhöhen. Gleichzeitig wollen wir bestmögliche Hilfe für diejenigen, die Opfer von Gewalt geworden sind“, erklärte Emanzipationsministerin Barbara Steffens nach dem Kabinettsbeschluss. „Allein die Verdopplung der finanziellen Mittel für das gesamte Schutz- und Hilfesystem zeigt, wie wichtig der Landesregierung eine umfassende Gesamtstrategie zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist“, so Steffens weiter.

Seit 2010 hat das Land die Ausgaben für Maßnahmen zum Schutz für gewaltbetroffene Frauen verdoppelt: von 11 auf rund 22 Millionen Euro in 2016. Gefördert werden 62 Frauenhäuser, 58 allgemeine Frauenberatungsstellen, 47 Fraueninitiativen gegen sexualisierte Gewalt, acht spezialisierte Beratungsstellen für Menschenhandelsopfer, zwei Fachberatungsstellen gegen Zwangsheirat, das Kompetenzzentrum Frauen und Gesundheit mit der Schwerpunktaufgabe „Medizinische Intervention bei Gewalt“ und die Landes-koordination der Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben und Schwule in NRW. Die Frauenhausfinanzierung wurde um rund 70 Prozent aufgestockt von 5,43 Mio. Euro in 2010 auf 9,27 Mio. Euro in diesem Jahr.

Der Landesaktionsplan orientiert sich an den Leitmotiven „innovativ-inklusiv-nachhaltig“ und nimmt verschiedenste Handlungsfelder und Zielgruppen in den Blick. Neben den Ereignissen der Silvesternacht von Köln oder den Bedürfnissen traumatisierter Flüchtlingsfrauen werden auch Themenfeldern wie Gewalt im digitalen Raum, Gewalt in der Prostitution oder Gewalt im Bereich Trauma und Alter eigene Kapitel gewidmet. „Als Gesundheitsministerin ist es mir ein besonderes Anliegen, auch die gesundheitlichen Folgen von Gewalt in den Blick zu nehmen“, so Barbara Steffens.

Zu den zentralen Verbesserungen zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt zählen u.a.:

- Verstärkung der Prävention– Identifizierung unterschiedlicher Formen der Gewalt, um sie möglichst bereits im Vorfeld zu verhindern;
- Zusätzliche drei Millionen Euro zur Förderung von Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt, deren erweitertes Aufgabenspektrum auch die Entwicklung neuer Präventionsformen und die Erreichbarkeit bei Großveranstaltungen umfasst;
- Förderung einer traumapädagogischen Einrichtung für weibliche minderjährige Flüchtlinge und gewaltbetroffene Mädchen;
- Entwicklung einer App speziell für Flüchtlingsfrauen, durch die sie über ihre grundlegenden Rechte und Hilfemöglichkeiten bei Gewalt informiert werden;
- Förderung von sogenanntem „Second-Stage-Wohnen“– der Begleitung von Frauen in die Selbstständigkeit nach einem Frauenhausaufenthalt;
- Entwicklung eines Konzepts für ein flächendeckendes Angebot zur anonymen Spurensicherung nach Sexualstraftaten, damit Beweise sofort gesichert werden können, auch wenn Opfer ihre Peiniger nicht direkt anzeigen wollen;
- Förderung der Landesfachstelle Trauma und Alter (mit zwei Standorten), die für alte, pflegebedürftige Frauen, die im Laufe ihres Lebens Gewalt erfahren haben, Angebote und Maßnahmen entwickelt und koordiniert.

Der Landesaktionsplan wurde in einem aufwändigen partizipativen Prozess mit Akteurinnen und Akteuren der bestehenden Schutz- und Hilfesysteme und den kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet. Er ist nicht nur in seiner Ausführlichkeit und der Fülle der Materialien bundesweit einmalig. Er zeigt auch die Dynamik des Handlungsfeldes und macht wichtige Weichenstellungen transparent. Einzigartig zudem die durch viele Verlinkungen erzeugte digitale Nutzungsmög-

lichkeit.

Der komplette Landesaktionsplan (106 Seiten) „NRW schützt Frauen und Mädchen vor Gewalt“

#### Hintergrund:

- Jede dritte Frau in Deutschland ist nach Studien von sexueller und /oder körperlicher Gewalt betroffen (siehe LAP – Seite 26).
- Jede vierte Frau zwischen 16 und 85 Jahren hat mindestens einmal in ihrem Leben häusliche Gewalt erlebt (LAP Seite 26).
- In NRW gab es im Jahr 2015 in rund 26.500 Fällen Strafanzeigen wegen häuslicher Gewalt (LAP Seite 26).
- Jede zweite Frau in Deutschland sagt laut Umfragen, sie sei schon einmal sexuell belästigt worden.
- Frühere Gewalterfahrungen sind oft Ursache für spätere Erkrankungen: 43 Prozent der Patientinnen mit psychischen Erkrankungen, Schlafstörungen, sexuellen Störungen, Selbstverletzungen oder Haut- und Atemwegserkrankungen haben Jahre zuvor Gewalterfahrungen durchlitten, so das Ergebnis einer Studie der Uniklinik Aachen gemeinsam mit der Beratungsstelle „Frauen helfen Frauen“ (LAP Seite 83).

#### Situation in Bergisch Gladbach:

In der Sitzung des ASWDG am 02.03.2017 wird Birgit Lernbecher, Interventionsberatung bei Frauen helfen Frauen e.V., berichten.

#### Geflüchtete Frauen

#### Gesetzentwurf zum Verbot von Kinderehen

Die Große Koalition hat sich für gesetzliche Maßnahmen zur Eindämmung der durch die Flüchtlinge angestiegenen Zahl von Kinderehen entschieden. Der Bundesjustizminister hatte schon früh erklärt: „Wir müssen alles tun, um Kinder und Jugendliche vor Missbrauch und Zwangsheirat zu schützen. Niemand darf zu einer Ehe gezwungen werden. ...“ Auf Veranlassung des Bundesjustizministeriums ist inzwischen eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe mit dem Auftrag eingesetzt worden, konkrete Vorschläge zur Reduzierung der Zahl der Kinderehen zu erarbeiten. Weitergehend haben sich die Vorstände der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD inzwischen verständigt, das Problem beschleunigt anzugehen, die Ergebnisse der Arbeitsgruppe nicht abzuwarten, sondern parallel auf Fraktionsebene und mit Formulierungshilfe des Justizressorts einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, der möglichst noch in diesem Jahr parlamentarisch beraten und beschlossen werden soll.

Im Ausländerregister sind nach aktuellen Informationen gegenwärtig bundesweit 1.474 verheiratete Minderjährige verzeichnet, davon sind 1.152 Mädchen und 361 jünger als 14 Jahre. Bei den meisten (664) handelt es sich um Flüchtlinge aus Syrien. Es folgen 157 verheiratete Minderjährige aus Afghanistan, 100 aus dem Irak, 65 aus Bulgarien, 41 aus Polen; 33 aus Rumänien und 32 aus Griechenland.

(fpd 01.10.16)

#### Situation in Bergisch Gladbach:

Für Bergisch Gladbach liegen keine Zahlen über Kinderehen vor.

## FES-STUDIE

# Was wollen die jungen Frauen?

**zwd Berlin (ig). Neue Einblicke in die Lebensrealitäten und gleichstellungspolitischen Einstellungen von Frauen zwischen 18 und 40 Jahren bietet eine im Juli von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) veröffentlichte Studie des DELTA-Instituts für Sozial- und Ökologieforschung. Der Leiter der Studie, Prof. Carsten Wippermann, hat dazu Frauen aus allen sozialen Schichten und Milieus in speziellen Interviews befragt und durch die Ergebnisse einer quantitativ-repräsentativen Untersuchung ergänzt. Die Ergebnisse sind in 15 zentralen Befunden zusammengefasst. Sie markieren Handlungsaufträge an die Politik, sind aber auch eine Bestätigung der Frauen- und Gleichstellungspolitik von Bundesministerin Manuela Schwesig (SPD).**

Doch wer einfache Antworten erwartet hat, wie sie in der Politik oft gewünscht sind, kann diese aus der 130 Seiten starken Studie nicht einfach herleiten. Denn Frauen sind nicht gleich, sie leben in unterschiedlichen Milieus und Beziehungen, haben einen unterschiedlichen Bildungsstand und sind nicht in gleichem Umfang berufstätig. Die in der Untersuchung erfassten Frauen sind zwischen 1975 und 1997 geboren und haben, wie in der Einleitung hervorgehoben wird, in der Zeit ihrer Jugend und des Heranwachsens nach 1990 dominierende Gesellschaftsthemen erlebt: Die „New Economy“, Globalisierung und Digitalisierung, Börsenhype und Wirtschaftskrisen, Klimawandel, aber auch „neue Männer“ und „neuer Feminismus“ (versus Feminismus der 60er und 70er Jahre).

## Untersucher und Untersuchte

Der Verfasser der Studie und Chef des DELTA-Instituts (mit Sitz im oberbayerischen Penzberg), Carsten Wippermann, ist Professor an der Katholischen Stiftungshochschule München Benedictbeuern. Er ist durch Veröffentlichungen zu Themenschwerpunkten zur Gleichstellung, zu Geschlechterrollen und Entgeltgleichheit bekannt geworden und ist Mitglied der Sachverständigenkommission zur Erstellung des Zweiten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung.

Die Studie stützt sich einerseits auf eine repräsentative Bevölkerungsumfrage, andererseits auf die Gesprächsergebnisse von acht Gruppenwerkstätten mit jeweils acht Frauen, die nach Lebensstypen differenziert wurden (z.B. „Etablierte“, „Konservative“, „Bürgerliche Mitte“, „Benachteiligte“ oder „Hedonisten“). Zu be-

achten war außerdem, dass 20 Prozent der Bevölkerung (16,3 Mio Menschen) einen Migrationshintergrund haben. So erlaubt die Studie mit einem differenzierten Blick auf Frauen in ihren jeweiligen Milieus eine Gesamtschau, was junge Frauen in ihren Lebenswelten bewegt.

## Was jungen Frauen in allen Schichten und Lebenslagen erwarten

Zentraler Befund der DELTA-Studie ist, dass die jungen Frauen in vier Forderungen übereinstimmen, unabhängig davon, in welchem Lebenszusammenhang sie sich befinden:

□ „Die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern ist groß, ungerecht und muss unbedingt und rasch beseitigt werden.“

□ „In einer Partnerschaft und nach der Familiengründung praktizieren junge Frauen traditionelle Geschlechterrollen. (...) Junge Frauen sehen einen engen ursächlichen Zusammenhang zwischen der Entgeltlücke und der Retraditionalisierung der Aufgabenteilung nach der Geburt von Kindern. (...) In der Entgeltungleichheit sehen sie die Ursache, in der (Beseitigung der – Red.) Entgeltgleichheit die entscheidende Lösung.“

□ „Es gibt nicht nur Gewalt gegen Frauen, sondern auch Männer sind Opfer von häuslicher (und öffentlicher) Gewalt. Familien- und Gleichstellungspolitik muss die Situationen und Bedürfnisse von Männern genauso ernst und gewichtig in den Blick nehmen wie jene von Frauen: Geschlechtersymmetrie in der Familien- und Gleichstellungspolitik.“

□ „Es gibt zu wenige Frauen in Führungspositionen! Die Mehrheit der jungen Frauen ist überzeugt, dass sich ohne gesetzliche Maßnahmen und Druck (Sanktionen) wenig tun wird.“

Das DELTA-Institut zieht aus der Feststellung, dass junge Frauen die Lage der jungen



Männer in den Blick nehmen und Gleichberechtigung für beide Geschlechter befürworten, den fragwürdigen Befund, es handele sich damit um „eine klare Absage und Distanzierung von einer ‚Frauenförderung‘“

Im Widerspruch dazu steht gleich mehrere Untersuchungsergebnisse der DELTA-Studie (Befunde 10, 12, 13, 14):

□ „Das Thema „Frauen in Führungspositionen“ ist für die jungen Frauen in Deutschland auch nach der 2015 beschlossenen gesetzlichen Quotenregelung für Aufsichtsräte noch längst nicht gelöst und erledigt. Die gesetzliche Quotenregelung („Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“) begreifen junge Frauen als Meilenstein, dem weitere folgen müssen.“

## Nur für zehn Prozent der Frauen ist die Gleichstellung schon „voll erreicht“

□ „Nur zehn Prozent der Frauen im Alter bis 40 Jahren sind der Meinung, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland voll und ganz realisiert ist – und auch nur 15 Prozent der Männer vertreten diese Auffassung. Insofern ist es eine von Frauen und Männern dieser Generation geteilte Wirklichkeitsdiagnose, dass Gleichstellung ein noch unvollendetes Projekt darstellt. Frauen und Männer dieser Generation begreifen Gleichstellung nicht als Kampf gegeneinander, sondern als gemeinsames Projekt der Strukturveränderung. (...)“. Dass in Deutschland die Gleichstellung von Frauen realisiert ist, meinen am häufigsten Frauen aus dem Milieu „Konservative“ (29 Prozent) und „Tradi-

tionell“ (20 Prozent): „Selbst im konservativ-traditionellen Segment sind insgesamt nur ein Viertel der jungen Frauen der Überzeugung, dass die im Grundgesetz verankerte Gleichstellungsnorm voll und ganz umgesetzt ist – drei Viertel meinen das nicht.“ Der Überzeugung, dass Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung von Frauen und Männern nicht nur im Horizont von Frauenförderung zu sehen ist, sondern Vorteile für beide mit sich bringt, sind 53 Prozent aller jungen Frauen.

## Gleichstellung wichtig für den Zusammenhalt der Gesellschaft

□ „Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit sind für Frauen und Männer elementare Bausteine nicht nur in ihrer partnerschaftlich-privaten Lebenswelt, sondern für die Gesellschaft. Für 85 Prozent der Frauen und 84 Prozent der Männer ist Gleichstellung wichtig für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Geschlechtergerechte Rahmenbedingungen sind nach ihrer Auffassung keineswegs optionale Facetten, sondern notwendige Ingredienzien für den „Kitt“ der Solidarität und Verbundenheit. Diese Sichtweise der Frauen und Männer heute bedeutet, dass Gleichstellungsdefizite den Zusammenhalt gefährden und dass Ungleichstellung befördernde Fehlanreize und Rahmenbedingungen gesellschaftliche Bruchstellen verursachen.“

□ „Vor diesem Horizont ist Geschlechtergerechtigkeit für Frauen in der Mitte des Lebens heute keine abstrakte Vorstellung oder diffuse Forderung, sondern gliedert sich in konkrete mehrdimensionale Handlungsfelder. Diese erstrecken sich auf Strukturen von Arbeitsmarkt und Sozialversicherung (Entgeltgleichheit, Rente), auf familienpolitische Rahmenbedingungen und Infrastrukturen (Elternzeit, Versorgung der Kinder, Öffnungszeiten von Kitas, Pflegezeit für Angehörige) sowie auf private partnerschaftliche Arrangements (Aufgaben im Haushalt). Die Vorstellungen von jungen Frauen zu Geschlechtergerechtigkeit reichen über ein breites Spektrum von Maßnahmen und Visionen. Das Ranking der verschiedenen Aspekte kann interpretiert werden als Präferenz und Dringlichkeitsordnung für Aufgaben der Familien- und Gleichstellungspolitik heute.“

## Rangplatz 1: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

An vorderster Stelle im Ranking zur Vorstellung von Geschlechtergerechtigkeit findet sich laut DELTA-Studie „die Vision der Entgeltgleichheit“ – Frauen und Männer erhalten bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit denselben Stundenlohn („bereinigte Lohnlücke“): Für 96 Prozent der jungen Frauen ist diese Entgeltgleichheit „wichtig“, für 72 Prozent „sehr wichtig“.

## Rangplatz 2: Keine Risiken oder Nachteile für jede(n)

Geschlechtergerechtigkeit bedeutet für 95 Prozent der Frauen, „dass gemeinsam getroffene Entscheidungen für keinen Partner höhere Risiken oder Nachteile zur Folge haben [dürfen] (z. B. für Erwerbstätigkeit, eigene Rente)“. (Rangplatz 2)

Ähnlich hoch ist der Prozentsatz für die Einstellung von Frauen, „dass es keine Rentelücke zwischen Frauen und Männern mehr geben darf“. (Rangplatz 3)

Kaum weniger hoch ist die Zustimmung von Frauen zu der Forderung, dass die sektorale Segregation von Frauen- und Männerberufen aufzuheben ist. Sie sehen darin eine der Ursachen für die Entgeltungleichheit: „Für das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit sollen typische Frauenberufe genauso gut bezahlt werden wie typische Männerberufe, so fordern es 93 Prozent der Frauen, 61 Prozent sehr nachhaltig.“

Für wichtige Bausteine von Geschlechtergerechtigkeit halten es mehr als 80 Prozent der jungen Frauen, dass

■ „in einer Partnerschaft beide dieselben Möglichkeiten zur Erwerbstätigkeit erhalten sollten“,

■ „in der Familienarbeit (Versorgung der Kinder, Pflege von Angehörigen) beide Partner dieselben Pflichten (und Chancen) haben“,

■ „es für Männer selbstverständlich wird, in bestimmten Übergangsphasen für die Familienarbeit ihre Erwerbstätigkeit zu unterbrechen oder zu reduzieren“,

■ „sich Frauen und Männer die Aufgaben im Haushalt in etwa gleichem (zeitlichen) Maße teilen“,

■ „im Arbeitsmarkt etwa gleich viele Frauen wie Männer in Führungspositionen sind.“

## Zentraler Anspruch: Gemeinsame Sorge für Haushalt und Kinder

Im Ergebnis der Studie wird festgestellt, „dass sich Geschlechtergerechtigkeit nicht durch Fokussierung auf ein einzelnes Ziel erreichen oder durch Reduktion auf wenige Teilziele lösen lässt“. Gerade im Hinblick auf das Zusammenleben liefert die DELTA-Studie eindeutige Ergebnisse.

□ Das Thema „Kinder kriegen“ ist „nicht mehr selbstverständlich, sondern sorgenbehaftet.“ Die Studie beschreibt die Ängste junger Frauen bezogen auf die Entscheidung für ein Kind: „Zum einen finden mit dem Partner schwierige Aushandlungsprozesse statt, vor dem Hintergrund eines im Freundeskreis immer wieder beobachteten und daher realistischen und wahrscheinlichen Risiko der Re-

traditionalisierung der Rollenteilung hinsichtlich Erwerbstätigkeit, Kinder, Haushalt.“

Es ist, wie die Studie in diesem Zusammenhang ausführte, oft eine Frage des finanziellen Kalküls, ob sich Frauen (und Männer) Kinder leisten können und wollen. Die Entscheidung für Kinder bedeutet häufig ein geringeres Einkommen und höhere Haushaltskosten – „insofern sehen sie den Staat in der Pflicht, Familien deutlich mehr und deutlich länger zu unterstützen als derzeit durch das Elterngeld.“

Dabei helfen den jungen Frauen keine Vorbilder, weder für die Entscheidung für oder gegen Kinder noch im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit: „Einerseits ist eine Frau „Rabenmutter“, wenn sie mit Kindern Vollzeit erwerbstätig ist und gar eine Karriere anstrebt; andererseits ist sie ‚Hausmutter‘, wenn sie ihren Job für mehr Zeit für ihre Familie aufgibt.“ Besonders irritiert sind junge Frauen, wenn der eigene Partner am traditionellen Ernährermodell festhalten möchte. Das kommt gerade in gehobenen Milieus vor, wo sich Männer in einer Partnerschaft endlich eine Familie wünschen und ihre Partnerin fragen, ob sie nicht auf ihren Job verzichten würde – finanziell könne man sich das leisten.

## Ideal wären 30-35 Stunden

Denn tatsächlich wollen viele Frauen auf eine Erwerbstätigkeit nicht verzichten, auch wenn sie ihre wöchentliche Arbeitszeit unterhalb einer 40-Stunden-Woche angesiedelt wissen möchten („ideal 30 bis 35 Stunden“).

Wenn Kinder da sind, stößt der Wunsch der Väter, z.B. im Rahmen einer längeren Elternzeit mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen zu können, oft an den Widerständen in ihren Betrieben. Bei zwei oder drei Monaten Elternzeit müssen Väter sich ironisch-kritische Fragen gefallen lassen oder es drohen ihnen betriebliche Nachteile „bis hin zum Verlust von Projekten und finanziellen Gratifikationen“.

□ Die Studie benennt drei klare Forderungen, die von fast allen Frauen erhoben werden:

■ „Das Angebot an Krippenplätzen (für Kinder bis unter drei Jahren) muss erheblich und sehr schnell ausgebaut werden.“

■ „Kitas und Kindergärten müssen sich – anders als derzeit – als Serviceagentur für die Bedarfe der Eltern verstehen. Das verlangt eine Anpassung der Organisation und Öffnungszeiten an die Bedarfe einer globalisierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft.“

■ „Kitaplätze müssen für Eltern kostenlos sein.“

□ Die Politik, schlussfolgert DELTA, muss „endlich, unbedingt und sehr schnell mehr tun für die Mütter“ (und Väter – Red.). ■